

# Posener Zeitung.

Dreiundfünfziger Jahrgang.

Annoncen:  
Annahme-Bureau:  
In Polen bei  
Hrn. Krupski (C. H. Ulrich & Co.)  
Brettfraße 14;  
in Gnesen  
bei Herrn Th. Spindler,  
Markt u. Friedrichstr. Ende 4;  
in Grätz b. Hrn. L. Strelitz;  
in Berlin, Breslau,  
Frankfurt a. M., Leipzig,  
Domburg, Wien und  
Hasenheide & Vogler.

Annoncen:  
Annahme-Bureau:  
In Berlin:  
Wien, München, St. Gallen;  
Adolph Rose;  
in Berlin:  
A. Astemeyer, Schloßplatz;  
in Breslau:  
Käffel, Bern und Stuttgart;  
Bach & Co.;  
in Breslau: A. Jenke;  
in Frankfurt a. M.:  
G. L. Danbe n. Comp.

Mr. 284.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierzig Groschen für die Stadt Posen 12 Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24 Groschen. — Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

## Amtliches.

Berlin, 23. Septbr. Se. M. der König haben Allernöthlich geruht: Den Reg. Amtm. Schrn. v. Brakel zum Landrath des Kreises Paderborn im Regierungsbezirk Minden zu ernennen.

Der Kgl. Bau-Inspizior, Bau-Rath Zais zu Schwalbach ist in gleicher Eigenschaft in die Baubeamten-Stelle für den Stadtkreis Wiesbaden, sowie der bish. rige Kgl. Landbaumeister Schnipper zu Wiesbaden als Kgl. Kreisbaumeister nach Darmstadt versetzt worden.

## Offizielle militärische Nachrichten.

An den General von Hanensfeld, Berlin.

Gerouves, 23. September, 5 Uhr 35 Minuten Nachmittags: Toul genommen.

v. Krenski.

(Bereits als Extrablatt ausgegeben)

## Telegraphische Nachrichten.

Mandolsheim, 22. Sept. [Offiziell.] Lünette 52 behauptet und mit siebenfündigen Mörsern armirt. Sechs feindliche Zwölfpfünder erbeutet. In Lünette 53 ist ebenfalls eine Mörserbatterie errichtet. Das Couronnement ist mit 8 Sechsfündern besetzt. Der Verlust in vergangener Nacht beträgt: 1 Offizier und 7 Mann tot, 4 Offiziere und 30 Mann verwundet.

v. Werder

(Vorstehende Depesche wiederholen wir, weil sie nicht in allen Exemplaren der gestrigen Ausgabe Aufnahme gefunden hat.)

Königsberg, 23. September. Der Königberger H. Btg. zufolge zirkuirt hier eine Petition, in welcher Graf Bismarck um Aufhebung der Haft Johann Jacoby's ersucht wird.

Mainz, 23. Sept. Dem nach der Schlacht von Gravelotte wegen starker Verluste nach Mainz zur Garnison zurückgeschickten 67. Regimente wurde von den mainzer Bürgern in den neuen Anlagen ein großes Fest geschenkt, bei welches das ganze Regiment anwesend war. Nach der Feste wurden Hods auf die deutsche Armee und ihr Führer ausgeschossen. Der Oberst dankte im Namen des Regiments, worauf das Regiment ein kräftiges Hoch auf die Stadt Mainz ausbrachte.

München, 22. Septbr. Der Präsident des Bundeskanzleramts, Staatsminister Delbrück, hatte heute Besprechungen mit dem Gesamtministerium, und wurde bei dem Ministerpräsidenten Grafen Brox zum Diner geladen. Gute Vernehmungen noch bleibt der Minister noch einige Tage hier.

Brüssel, 22. September. In der heutigen Sitzung der Repräsentantenkammer gab der Ministerpräsident Baron Anethan die Erklärung ab, daß die eingeleitete Untersuchung über die von deutschen Journals gemeldeten Nachrichten, daß deutsche Verwundete und Flüchtlinge in Belgien ungebührlich behandelt seien, die Grundlosigkeit dieser Beschuldigungen ergeben habe. Von dem Ergebnisse der Untersuchung sei die preußische und die französische Regierung unterrichtet worden, da beide der belgischen Regierung ihren Dank für die den Verwundeten gewidmete Fürsorge ausgesprochen haben.

Brüssel, 23. September. Die heutige "Indépendance" enthält den Protest Wimpffen's gegen die von Wilhelmshöhe ausgegangene Rechtfertigung Napoleons in Bezug auf die Kapitulation von Sedan.

Brüssel, 23. September. Nach hierher gelangten Berichten aus Sèvres ist das Verlangen der dortigen Bevölkerung nach einer preußischen Garnison dadurch entstanden, daß Anhänger der rothen Republik sich der Verwaltung der Stadt bemächtigt hatten und man gegen die Herrschaft derselben Schutz bei den preußischen Truppen suchte.

Brüssel, 23. Septbr. Nach Berichten aus dem südlichen Frankreich ist auch dort eine allgemeine Ausweitung aller Deutschen Sektions der republikanischen Behörden ins Werk gesetzt worden. Der Präfekt des Departements der Rhône (Bouches du Rhône) sagt in seinem Erlass, daß das Interesse der nationalen Vertheidigung die Entfernung der Fremden nothwendig mache, und dekretiert, daß jeder nicht in Frankreich naturalisierte Angehörige eines der gegenwärtig im Kriege mit Frankreich befindlichen Länder gehalten sei, das Departement und Frankreich überhaupt binnen drei Tagen zu verlassen. Jeder Zu widerhandelnde werde den Militärgerichten zur Aburtheilung überwiesen werden, wenn er nicht vom Präfekten eine Spezialerlaubnis zum längeren Aufenthalt erwirkt hat.

Wien, 23. Septbr. Der Kaiser ist heute von einem Ausfluge nach Graz in bestem Wohlsein in Schönbrunn angekommen. — Das Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet: Thiers wird heute Abend hier erwartet und, wie bereits gemeldet, nur kurze Zeit hier verweilen. Ein längerer Aufenthalt derselben ist erst nach seiner Rückkehr aus Petersburg in Aussicht genommen.

Triest, 22. Septbr. Der Pöbel versuchte gestern Abend eine Illumination zur Feier des Einzuges der italienischen Truppen in Rom zu erzwingen. Der italienische Generalkonsul beleuchtete, das Volk sammelte sich vor seinem Hause an unter Hochrufen auf Italien und die Republik, und bewarb Polizei und Militär mit Steinen. Der Generalkonsul stellte hierauf die Beleuchtung freiwillig ein; die Polizei räumte die Straßen, wobei zwei Personen leicht verwundet sein sollen.

Sonnabend, 24. September

Inserate 14 Sgr. die fünfseitige Seite oder deren Raum Kolumnen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die am selben Tage erscheinende Nummer vor bis 10 Uhr Vormittag angenommen.

1870.

Triest, 23. Sept. Der Klondumper "Progreso" ist heute Morgen mit der östlich-chinesischen Niederlandspost aus Alexandria hier eingetroffen.

Florenz, 22. September. "Gazetta ufficiale" meldet: Die Gesamtverluste der italienischen Truppen bei der Besetzung Roms belaufen sich auf 21 Tote, darunter 3 Offiziere, und 117 Verwundete, darunter 5 Offiziere. Die Anzahl der Gefangenen beträgt 4800 Mann Einheimische und 4500 Fremde. Rechnet man hierzu die bereits vorher gemachten Gefangenen, so beträgt die Gesamtzahl derselben 10,700. — In Folge von Unruhen, welche durch die Feindseligkeiten der Bevölkerung gegen die päpstlichen Gendarmen in der leoninischen Stadt entstanden waren, forderte der Papst den General Cadorna auf, Truppen zur Aufrechterhaltung der Ordnung in die leoninische Stadt zu senden. Cadorna leistete dieser Aufforderung Folge.

Dover, 22. September. Drei französische Schiffe von dem ehemaligen Ostseegeschwader kreuzen zwischen Dunkirk und Boulogne.

Kopenhagen, 23. Septbr. Die französische Panzerfregatte "Reine Blanche" von Christiansund kommend, ankerte heute Vormittag auf der Rhede von Frederikshaven.

## Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 23. Septbr. Auch heute steht die politische Aktion vor der militärischen im Vordergrund. Die Wichtigkeit der beiden heute im "Staats-Anzeiger" veröffentlichten Befehle des Grafen Bismarck fällt sofort in die Augen. Zum ersten Male hat der Bundeskanzler im Namen der deutschen Regierungen die Forderungen öffentlich kundgegeben, welche zur Bedingung des Friedensschlusses gestellt werden. Wohl nie hat eine Regierung mit solcher Offenheit und Bestimmtheit sich über schwedende Fragen ausgesprochen.

Man hat bisweilen bemerken wollen, daß Graf Bismarck sich der Offenheit als eines diplomatischen Kunstgriffs bediene, um einen besonderen Effekt hervorzubringen. Hier aber ist mehr als Effekt, hier ist ein bestimmtes Programm der deutschen Politik. Aber in dem Charakter der Entscheidetheit, mit dem dasselbe aufgestellt wird, sind zwei wesentliche Momente enthalten, einmal daß die Forderungen unerlässlich sind, und zum andern, daß Deutschland sich unter Berücksichtigung der militärischen und politischen Gesichtspunkte in der Lage befindet, die Forderungen durchzusetzen. Daher denn auch die Offenheit, mit der sie sowohl vor Frankreich wie vor den neutralen Mächten vorgetragen werden. Von besonderer Bedeutung ist auch die sehr zarte, aber klar gestaltete Mahnung an die Neutralen, welchen mit Recht vorgeworfen wird, daß sie durch ihre Haltung den Widerstand Frankreichs, der doch zugleich ist, verlängern. Es ist nicht das erste Mal, daß Graf Bismarck von solcher "Grausamkeit" neutraler Mächte spricht. Er hat das mit gleicher Entscheidetheit zur Zeit der letzten polnischen Insurrektion gethan, als Frankreich, England und Österreich Wiene machten, zu Gunsten Polens zu intervenieren, aber durch die Illusion, welche sie den Aufständischen bereiteten, die Not derselben nur vergrößerten und verlängerten.

— Der Wortlaut der beiden, bereits telegraphisch signalisierten Erlasse Bismarcks, welche gleichlautend an die norddeutschen Vertreter bei mehreren neutralen Regierungen gerichtet worden sind, ist folgender:

Rheims, den 13. September 1870.  
Durch die irrtümlichen Auffassungen über unser Verhältnis zu Frankreich, welche uns auch von befriedeten Seiten zukommen, bin ich veranlaßt, mich in Folgendem über die von den verbündeten deutschen Regierungen getheilten Ansichten Sr. Majestät des Königs auszusprechen. Wir hatten in dem Plebisitz und den darauf folgenden scheinbar befriedigenden Zuständen in Frankreich die Bürgschaft des Friedens und den Ausdruck einer friedlichen Stimmung der französischen Nation zu sehen geglaubt. Die Ereignisse haben uns einen andern belehrt, wenigstens haben sie gezeigt, wie leicht diese Stimmung bei der französischen Nation in ihr Gegenthell umschlägt. Die der Eintrümmigkeit nahe Mehrheit der Volksvertreter, des Senates und der Organe der öffentlichen Meinung in der Presse haben den Eroberungskrieg gegen uns so laut und nachdrücklich gefordert, daß der Mut zum Widerspruch den politischen Freunden des Friedens fehlt, und daß der Kaiser Napoleon Sr. Majestät keine Unwahrheit gesagt haben dürfte, wenn er noch heut behauptet, daß der Stand der öffentlichen Meinung ihn zum Kriege gezwungen habe.

Angesichts dieser Thatsache dürfen wir unsere Garantien nicht in französischen Stimmungen suchen. Wir dürfen uns nicht darüber täuschen, daß wir uns in Folge dieses Krieges auf einen baldigen neuen Angriff von Frankreich und nicht auf einen dauerhaften Frieden gefaßt machen müssen, und das ganz unabhängig von den Bedingungen, welche wir etwa an Frankreich stellen möchten. Es ist die Niederlage an sich, es ist unsere Siegessiege ihres frevelhaften Angriffs, welche die französische Nation uns nie verzeihen wird. Wenn wir jetzt, ohne alle Gebietsabtretung, ohne jede Kontribution, ohne irgend welche Vortheile als den Ruhm unserer Waffen aus Frankreich abzögeln, so würde doch der selbe Haß, dieselbe Nachsicht wegen der verlepten Eitelkeit und Herrschaft in der französischen Nation zurückbleiben, und sie würde nur auf den Tag warten, wo sie hoffen dürfte, diese Gefühle mit Erfolg zur That zu machen. Es war nicht der Zweifel in die Gerechtigkeit unserer Sache, und nicht Besorgniß, daß wir nicht stark genug sein möchten, welche uns im Jahre 1867 von dem uns schon damals nahe genug gelegten Kriege abhielt, sondern die Scheu, gerade durch unsere Siege jenseits Elendschaften aufzutreten und eine Aera gegen seitiger Erbitterung und immer erneuter Kriege herauszuschwören, während wir hofften, durch längere Dauer und aufmerksame Pflege der friedlichen Beziehungen beider Nationen eine feste Grundlage für eine Aera des Friedens und der Wohlfahrt beider zu gewinnen. Jetzt, nachdem man uns zu dem Kriege, dem wir widerstreben, gewungen hat, müssen wir dahin streben, für unsere Vertheidigung gegen den nächsten Angriff der Franzosen bessere Bürgschaften als die ihrer Wohlwollens zu gewinnen.

Die Garantien, welche man nach dem Jahre 1867 gegen dieselben französischen Gelüste und für den europäischen Frieden in der heiligen Alianz und anderen im europäischen Interesse getroffenen Einrichtungen gesucht hat,

haben im Laufe der Zeit ihre Wirksamkeit und Bedeutung verloren; so daß Deutschland allein sich schließlich Frankreichs hat erwehren müssen, nur au seine eigene Kraft und seine eigenen Hilfsmittel angewiesen. Eine solche Anstrengung, wie die heutige, darf der deutschen Nation nicht dauernd von den angefanen werden; und wir sind daher gewungen, materielle Bürgschaften und die Sicherheit Deutschlands gegen Frankreichs künftige Angriffe zu erstreben, Bürgschaften zugleich für den europäischen Frieden, der von Deutschland eine Störung nicht zu befürchten hat. Diese Bürgschaften haben wir nicht von einer vorübergehenden Regierung Frankreichs, sondern von der französischen Nation zu fordern, welche gezeigt hat, daß sie jeder Herrschaft in den Krieg gegen uns zu folgen bereit ist, wie die Reihe der seit Jahrhunderten von Frankreich gegen Deutschland geführten Angriffskriege unwiderleglich darthut.

Wir können deshalb unsere Forderungen für den Frieden lediglich darauf richten, daß Frankreich den nächsten Angriff auf die deutsche und namentlich die bisher schulplose süddeutsche Grenze dadurch zu erschweren, daß wir diese Grenze und damit den Ausgangspunkt französischer Angriffe weiter zurücklegen und die Festungen, mit denen Frankreich uns bedroht, als defensive Bollwerke in die Gewalt Deutschlands zu bringen suchen.

Eure ic. wollen Sich, wenn Sie fragt werden, in diesem Sinne aussprechen.

v. Bismarck.

Meaux, den 16. September 1870.  
Euer ic. ist das Schriftstück bekannt, welches Herr Jules Favre im Namen derjenigen Maßhaber in Paris, welche sich selbst das Gouvernement de la défense nationale nennen, an die Vertreter Frankreichs im Auslande gerichtet hat.

Gleichzeitig ist es zu meiner Kenntni gekommen, daß Herr Thiers eine vertrauliche Mission an einige auswärtige Höfe übernommen hat, und ich darf voraussehen, daß er es sich zur Aufgabe machen wird, einerseits den Glauben an die Friedensliebe derjenigen pariser Regierung zu erwecken, andererseits die Intervention der neutralen Mächte zu Gunsten eines Friedens zu erbitten, welcher Deutschland der Früchte seines Sieges berauben und jeder Friedensbasis, welche eine Erhöhung des nächsten französischen Angriffs auf Deutschland enthalten könnte, vorbeugen soll.

An die ernsthafte Abfahrt derjenigen pariser Regierung, dem Kriege ein Ende zu machen, können wir nicht glauben, so lange dieselbe im Innern fortfährt, durch ihre Sprache und ihre Akte die Volksleidenschaft aufzutreten, den Haß und die Erbitterung der durch die Leiden des Krieges an sich gereizten Bevölkerung zu steigern, und jede für Deutschland annehmbare Basis als für Frankreich unannehmbar im voraus zu verdammen. Sie macht sich dadurch selbst den Frieden unmöglich, auf den sie durch eine ruhige und dem Ernst der Situation Rechnung tragende Sprache das Volk vorbereiten müßte, wenn wir annehmen sollten, daß sie ehrliche Friedensverhandlungen mit uns beabsichtige. Die Zumuthung, daß wir jetzt einen Waffenstillstand ohne jede Sicherheit für unsere Friedensbedingungen abschließen sollten, könnte nur dann ernsthaft gemeint sein, wenn man bei und Mangel an militärischem und politischem Urtheil oder Gleichgültigkeit gegen die Interessen Deutschlands voraussetzt.

Daneben besteht ein wesentliches Hindernis für die Franzosen, die Notwendigkeit des Friedens mit Deutschland ernstlich ins Auge zu fassen, in der von denjenigen Maßhabern genährten Hoffnung auf eine diplomatische oder materielle Intervention der neutralen Mächte zu Gunsten Frankreichs. Kommt die französische Nation zur Überzeugung, daß, wie allein der Krieg willkürlich herauftauchte, und wie Deutschland ihm allein hat auslöszen müssen, so wird sie auch mit Deutschland allein ihre Rechnung abschließen muß, so wird sie dem jetzt fiduciären Widerstande bald ein Ende machen. Es ist eine Grausamkeit der Neutralen gegen die französische Nation, wenn sie zulassen, daß die pariser Regierung im Volke unerschöpfbare Hoffnungen auf Intervention nähe und dadurch den Kampf verlängere.

Wir sind fern von jeder Neigung zur Einnahme in die inneren Verhältnisse Frankreichs. Was für eine Regierung sich die französische Nation geben will, ist für uns gleichgültig. Formell ist die Regierung des Kaisers Napoleon bisher die allein von uns anerkannte. Unsere Friedensbedingungen mit welcher zur Sache legitimirte Regierung wir dieselben auch mögen zu verhandeln haben, sind ganz unabhängig von der Frage, wie und von wem die französische Nation regiert wi. si. Sie sind uns durch die Natur der Dinge und das Geist der Nothwehr gegen ein gewalthätiges und friedloses Nachbarvolk vorgeschrieben. Die einmütige Stimme der deutschen Regierungen und des deutschen Volkes verlangt, daß Deutschland gegen die Verdröhungen und Vergewaltigungen, welche von allen französischen Regierungen seit Jahrhunderten gegen uns geübt wurden, durch bessere Grenzen als bisher geübt werden. So lange Frankreich im Besitz von Straßburg und Metz bleibt, ist seine Offensive strategisch stärker als unsere Defense bezüglich des ganzen Südens und des unterfränkischen Nordens von Deutschland. Straßburg ist im Besitz Frankreichs, eine stets offene Ausfallspforte gegen Süddeutschland. In deutschem Besitz gewinnen Straßburg und Metz dagegen einen defensiven Charakter; wir finden in mehr als 20 Kriegen niemals die Angreifer gegen Frankreich gewesen; und wir haben von letztertzeit nichts zu begehrn als unsrer von ihm so oft gefährdeten Sicherheit im eigenen Lande. Frankreich dagegen wird jeden jetzt zu schließenden Frieden nur als einen Waffenstillstand ansehen und uns, um Rache für seine letzte Niederlage zu nehmen, ebenso handelsfertig und rücksichtslos wie in diesem Jahre wiederum aufgreifen, sobald es sich durch eigene Kraft oder fremde Bündnisse stark genug daju fühlt.

Indem wir Frankreich, von dessen Initiative allein jede bisherige Beunruhigung Europas ausgegangen ist, das Ergehen der Offensive erschweren, handeln wir zugleich im europäischen Interesse, welches das des Friedens ist. Von Deutschland ist keine Störung des europäischen Friedens zu befürchten, nachdem uns der Krieg, dem wir mit Sorgfalt und mit Überwindung unseres durch Frankreich ohne Unterlaß herausgeforderten nationalen Selbstgefühls vier Jahre lang aus dem Wege gegangen sind, trotz unserer Friedensliebe, aufgezwungen worden ist, wollen wir zukünftige Sicherheit als den Preis der gewaltigen Anstrengungen fordern, die wir zu unserer Vertheidigung haben machen müssen. Niemand wird uns Mängel an Mäßigung vorwerfen können, wenn wir diese gerechte und billige Forderung festhalten. Eure ic. bitte ich, Sich von diesen Gedanken zu durchdringen und dieselben in Ihren Befehlungen mit zur Geltung zu bringen.

v. Bismarck.

— Das im § 1 der Verordnung vom 20. Juli d. J. enthaltene Verbot der Ausfuhr und Durchfuhr von Getreide und Hülsenfrüchten, sowie von Mühlenfabrikaten aus Getreide und Hülsenfrüchten über die Grenze von Nordhorn bis Saarbrücken, beide Orte eingeschlossen, ist aufgehoben. Das Verbot der Ausfuhr und Durchfuhr von Hafer und Kleie über die Grenzen von Memel bis Saarbrücken, beide Orte eingeschlossen (§ 1 derselben Verordnung) wird hierdurch nicht berührt.

— Für die Behandlung der portopflichtigen Korrespondenz zwischen Behörden verschiedener Bundesstaaten kommen laut Bekanntmachung des Bundeskanzlers im ganzen Ge-

